

Stand: 12.05.2024 20:21:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1859

"Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1859 vom 07.05.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2732 des GP vom 25.06.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2896 vom 04.07.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Dr. Franz Rieger, Barbara Becker, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Alfred Sauter, Walter Taubeneder, Manuel Westphal** und **Fraktion (CSU)**

Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In ganz Europa gibt es viele Bemühungen im Kampf gegen den Krebs – in der Forschung nach neuen Heilmethoden, in der Früherkennung und der Prävention.

Der Landtag ist der Ansicht, dass eine Bündelung und Koordinierung dieser Bemühungen und der vorhandenen Ressourcen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger größere und schnellere Fortschritte ermöglicht. Europa und die Europäische Kommission können dabei einen zentralen Beitrag leisten.

Der Landtag begrüßt daher die Idee, gemeinsam in Europa entschiedener gegen Krebs als Todesursache vorzugehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Bemühungen zu unterstützen und

- sich auf Bundesebene für eine Anhebung der Mittel in der Krebsforschung einzusetzen. Das gilt insbesondere im Bereich der Versorgung von Kindern.
- sich auf Bundesebene für einen weiteren Ausbau der Telemedizin sowie der Digitalisierung zum Wohle der Patientinnen und Patienten stark zu machen. Das gilt insbesondere auch für die Ausarbeitung gemeinsamer europäischer Normen, um eine Interoperabilität der verschiedenen Systeme zu gewährleisten. Ziel soll auch sein, dass Patientinnen und Patienten grenzüberschreitend Spezialisten konsultieren können, ohne lange Fahrzeiten in Kauf nehmen zu müssen. Wenn dies aufgrund der Entfernungen und der zeitlichen Erfordernisse möglich und sinnvoll erscheint, ist dem persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt allerdings grundsätzlich der Vorzug zu geben.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Empfehlungen des Rates zur Krebsfrüherkennung vom 02.12.2003 (2003/878/EG) überarbeitet werden.
- über die Erfahrungen des Bayerischen Krebsregisters zu berichten, die auch einen Beitrag zu einem Netzwerk europäischer Krebsregister leisten können. Ziel muss eine stärker personalisierte und auf europäischer Ebene stärker vernetzte Krebsmedizin mit Elementen der Vorsorge, Früherkennung, (individualisierter) Therapie und medizinischer und psychosozialer Nachsorge und Rehabilitation sein. Die Vernetzung von Gesundheitsdaten erscheint insbesondere im onkologischen Bereich erfolgversprechend.

Begründung:

Krebs ist in Deutschland die zweithäufigste Todesursache nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Hälfte der bayerischen Krebspatienten ist 68 Jahre und älter. Jährlich erkranken allein in Bayern circa 64.000 Menschen neu an Krebs. Europa hat die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten stärker zusammengebracht. Für die kommenden Jahre muss es auch gelingen, im Bereich der Gesundheitsversorgung – und hier insbesondere im Kampf gegen bösartige Neubildungen – stärker zusammenzuarbeiten. Das gilt für die Forschung, aber auch für die Versorgung der Krebspatientinnen und -patienten – etwa im Bereich der palliativmedizinischen Versorgung.

Vor allem muss es gelingen, die Digitalisierung im Gesundheitssystem weiter voranzutreiben und die Systeme so zu gestalten, dass die Daten unter Wahrung des Datenschutzes grenzüberschreitend ausgewertet und zum Wohle der Menschen genutzt werden können – mit dem Ziel, die Versorgung der Menschen europaweit weiter zu verbessern. Auch müssen die Empfehlungen des Rates zur Krebsvorsorge aus dem Jahr 2003 aktualisiert werden.

Entscheidende Schritte können schneller und besser gemacht werden, wenn die Mitgliedstaaten ihre Kräfte bündeln und grenzüberschreitend eng zusammenarbeiten. Der Europäischen Kommission kann dabei eine wichtige Koordinierungsfunktion zukommen, ohne dass dadurch in Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingegriffen werden müsste. Diese koordinierten Anstrengungen sollten möglichst bald auf den Weg gebracht werden. Die Initiative der Europäischen Volkspartei in ihrem Positionspapier „Die EU kann die Heilung von Krebs unterstützen“ kann dazu ein guter Anstoß sein.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Da können Sie jetzt buhen. Ich bin jetzt über zehn Jahre hier in diesem Hohen Haus, und es gab in über zehn Jahren keine einzige Situation, die es gerechtfertigt hätte, Sie mit der AfD oder einer anderen Gruppierung des rechten oder linken extremistischen Spektrums in einen Topf zu werfen. Das habe ich nie getan, und das werde ich auch nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Natascha Kohnen (SPD))

Es ist bedauerlich, dass Sie das als Verquickung verstanden haben und dass Sie es so verstanden haben, dass die SPD hier mit der AfD in einen Topf geworfen wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie Ihren Antrag!)

Das war nie Gegenstand dieses Antrags. Das war nie beabsichtigt. Ich denke, diese Erklärung ist klar und eindeutig. Dass zwei Sachverhalte in einem Antrag zusammengefasst sind, ist nichts Unübliches. Das passiert öfters.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist keine Distanzierung!)

Um es noch mal deutlich zu sagen: Es sind zwei voneinander getrennte Vorgänge.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie machen es noch schlimmer!)

Es war weder meine Absicht noch ist es der Inhalt meines Redebeitrags – Sie können ihn gerne noch einmal anhören, ich werde es auch tun –, Sie mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung zu bringen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank Herr Abgeordneter Pohl. – Gibt es Wortmeldungen zur Gegenrede? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag wird beim nächsten Plenum ohne weitere Aussprache erfolgen.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/1850 mit 18/1859 und 18/1876 mit 18/1881 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 6 (Drs. 18/305), 7 (Drs. 18/314), 8 (Drs. 18/315) und 9 (Drs. 18/342) werden vertagt.

Meine Damen und Herren, es bleibt mir nichts anderes zu tun als das, was mir Herr Kollege Swoboda unnötigerweise abnehmen wollte. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, geprägt von etwas unaufgeregteren Gesprächen, gerne auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:30 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 18/1859

Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Dr. Beate Merk**
Mitberichterstatlerin: **Ruth Waldmann**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 10. Sitzung am 21. Mai 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 12. Sitzung am 25. Juni 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Dr. Franz Rieger, Barbara Becker, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Alfred Sauter, Walter Taubeneder, Manuel Westphal** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/1859, 18/2732

Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In ganz Europa gibt es viele Bemühungen im Kampf gegen den Krebs – in der Forschung nach neuen Heilmethoden, in der Früherkennung und der Prävention.

Der Landtag ist der Ansicht, dass eine Bündelung und Koordinierung dieser Bemühungen und der vorhandenen Ressourcen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger größere und schnellere Fortschritte ermöglicht. Europa und die Europäische Kommission können dabei einen zentralen Beitrag leisten.

Der Landtag begrüßt daher die Idee, gemeinsam in Europa entschiedener gegen Krebs als Todesursache vorzugehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Bemühungen zu unterstützen und

- sich auf Bundesebene für eine Anhebung der Mittel in der Krebsforschung einzusetzen. Das gilt insbesondere im Bereich der Versorgung von Kindern.
- sich auf Bundesebene für einen weiteren Ausbau der Telemedizin sowie der Digitalisierung zum Wohle der Patientinnen und Patienten stark zu machen. Das gilt insbesondere auch für die Ausarbeitung gemeinsamer europäischer Normen, um eine Interoperabilität der verschiedenen Systeme zu gewährleisten. Ziel soll auch sein, dass Patientinnen und Patienten grenzüberschreitend Spezialisten konsultieren können, ohne lange Fahrzeiten in Kauf nehmen zu müssen. Wenn dies aufgrund der Entfernungen und der zeitlichen Erfordernisse möglich und sinnvoll erscheint, ist dem persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt allerdings grundsätzlich der Vorzug zu geben.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Empfehlungen des Rates zur Krebsfrüherkennung vom 02.12.2003 (2003/878/EG) überarbeitet werden.
- über die Erfahrungen des Bayerischen Krebsregisters zu berichten, die auch einen Beitrag zu einem Netzwerk europäischer Krebsregister leisten können. Ziel muss eine stärker personalisierte und auf europäischer Ebene stärker vernetzte Krebsmedizin mit Elementen der Vorsorge, Früherkennung, (individualisierter) Therapie und medizinischer und psychosozialer Nachsorge und Rehabilitation sein. Die Vernetzung von Gesundheitsdaten erscheint insbesondere im onkologischen Bereich erfolgversprechend.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 21 der Anlage. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen" auf Drucksache 18/1642, der auf Antrag der AfD-Fraktion einzeln behandelt werden soll. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Antragsliste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Liste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25 so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen I:
Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei der Innenentwicklung
Drs. 18/1513, 18/2509 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen II:
Flächenfraß durch steuerliche Anreize reduzieren
Drs. 18/1514, 18/2510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen III:
Ausfransen von Ortsrändern verhindern
Drs. 18/1515, 18/2733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen IV:
Flächenstatistik reformieren
Drs. 18/1516, 18/2511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten II – Förderung und Gründung von Energieagenturen in Bayern
Drs. 18/1563, 18/2744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten III – Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten
Drs. 18/1564, 18/2745 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> ENTH					

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten IV – Energiearmut messbar machen
Drs. 18/1565, 18/2746 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten V – Förderprogramme alltags- und praxistauglich gestalten
Drs. 18/1566, 18/2747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Afghanistan ist nicht sicher!
Drs. 18/1600, 18/2660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen
Drs. 18/1642, 18/2317 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes – Ansatz für Kinderbetreuung überprüfen!
Drs. 18/1644, 18/2756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket
Drs. 18/1858, 18/2754 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik
Drs. 18/1850, 18/2755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa der Regionen!
Drs. 18/1855, 18/2758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa mit klarer Verantwortung – Sozialpolitik bleibt Sache der Mitgliedstaaten
Drs. 18/1876, 18/2757 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>